
DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 09/08

1. „Den Tod bringen Waffen aus Deutschland“

„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland ...“ schreibt Paul Celan in seinem berühmten Gedicht „Todesfuge“. Ob „Meister“ oder nicht, auch heute noch gilt: „Den Tod bringen Waffen aus Deutschland“. Die Relevanz dieser Feststellung dokumentiert Jürgen Grässlin in seinem gleichnamigen Artikel für die Zeitschrift ZivilCourage

(im Internet einsehbar unter: <https://www.dfg-vk.de/thematisches/ruestungsproduktion/2008/312>).

Demnach ist Deutschland doch „Europa-meister“ geworden. Nicht im Fußball, aber bei Waffenexporten, die im Jahr 2007 ein Volumen von 3,395 Milliarden Euro erreichten. Damit sind, laut Grässlin, die „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“, die die Bundesregierung im Jahr 2000 verabschiedet hat, erneut gebrochen worden. Und ein Blick in die Rüstungsexportberichte der vergangenen Jahre zeigt, dass sich

auch Deutschlands Position auf der Weltrangliste der Rüstungsexporteure stabilisiert hat. Bereits seit einigen Jahren nimmt Deutschland dort, nach den USA und Russland, den dritten Platz ein.

Die Genehmigungen all dieser Exporte (die in dem Artikel exemplarisch an den Beispielen von Exporten in die USA, die Türkei und nach Indien und Pakistan aufgezeigt werden) werden im Geheimen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit erteilt. Eine demokratische Kontrolle kann also nur mittelbar stattfinden. Und das betrifft ohnehin nur die legalen Exporte von Kriegswaffen. Das Auftauchen von G36-Sturmgewehren der deutschen Firma Heckler & Koch in Georgien, für die nie eine Exportgenehmigung erteilt wurde, lässt jedoch Zweifel daran aufkommen, ob die tatsächliche weltweite Gefahr durch deutsche Waffen nicht noch größer ist, als der Rüstungsexportbericht zu erkennen gibt.

2. Brasilien sammelt Waffen ein

In Brasilien ist – unter anderem auf Druck der Nichtregierungsorganisation Viva Rio (<http://www.vivario.org.br/publicue/cgi/cgilua.exe/sys/start.htm?tpl=home>) – eine Initiative zur Begrenzung des privaten Waffenbesitzes gestartet worden. Ziel ist es, Besitzer von illegalen Schusswaffen durch Zahlung einer Ablösesumme und die Garantie von Straffreiheit zur Abgabe ihrer Waffen zu bewegen. Bis zu 300.000 illegale Schusswaffen sollen auf diese Weise eingesammelt und vernichtet werden. Die

dafür bereitgestellten Mittel belaufen sich auf rund 28 Millionen Dollar. Ob das Projekt Erfolg haben wird und dazu beitragen kann, dass künftig nicht mehr bis zu 34.000 Brasilianer pro Jahr durch Schusswaffen getötet werden, bleibt abzuwarten. Natürlich ist es positiv, wenn weniger Waffen im Umlauf sind, um aber tatsächlich eine „Kultur des Friedens“ begründen zu können, wie Brasiliens Justizminister Tarso Genro hofft, müsste diese einzelne Aktion wohl in einen größeren zivil-

gesellschaftlichen Prozess gestellt werden. Aber auch wenn die nun beschlossene Aktion nur ein

erster Schritt sein sollte. – Es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

3. Feuerwaffen sind in Finnland leicht verfügbar, wie in der Schweiz auch

von Heinrich Frei

In Kauhajoki, in Finnland, erschoss am Dienstag ein 22-Jähriger zehn Schüler und brachte sich nachher selber um. Die Fachleute nennen eine solche Tat „erweiterter Suizid“. Das heisst, bevor ein Mensch sich selber umbringt, tötet er vorher noch eigene Familienmitglieder oder andere Menschen. Am Tag vorher wurde der Mörder, der legal im Besitz einer Waffe war, von der Polizei verhört, da er Videos ins Netz gestellt hatte, die ihn beim Schiessen zeigten. Die Polizei sah nach diesem Verhör leider davon, ab ihm die Feuerwaffe wegzunehmen.

Schon früher kam es in finnischen Schulen zu solchen Massakern. 1989 erschoss ein Jugendlicher in Rauma zwei Schüler. Im letzten Jahr tötete ein 18-Jähriger in Tuusula im Jokela-Schulzentrum acht Menschen. In Finnland sind Feuerwaffen leicht verfügbar, in 40 bis 50 Prozent aller Haushalte finden sich Schießbeisen. Wie Unto Vesa, vom Friedensforschungsinstitut TAPRI in Tampere, mir schrieb, gab es in Finnland auch schon staatliche Waffeneinsammelaktionen, um die gefährliche Anzahl von illegalen Feuerwaffen zu reduzieren. Illegale Waffen konnten bei diesen Aktionen ohne strafrechtliche Folgen abgegeben werden.

Die Erhebung der Suizidrate mit Feuerwaffen zeigte, dass Finnland mit je 7,9 Fällen auf 100.000 Einwohner und die Schweiz mit ebenfalls mit 7,9 an der Spitze in Europa stehen. In Finnland bringen sich 28% der Männer in der Altersgruppe von 15-24 Jahren mit Feuerwaffen um. In der Schweiz werden sogar 43,6% der Suizide von Männern mit Pistolen, Revolvern und Gewehren ausgeführt. Im Gebrauch von Feuerwaffen, für den sogenannten Freitod, weisen die Schweiz und Finnland in der Altersgruppe von 15-24 Jahren die gleichen Verhältnisse wie die Vereinigten Staaten auf. Die ähnlich hohe Suizidrate mit Feuerwaffen in der Schweiz wie in Finnland korrespondiert mit der sehr leichten Verfügbarkeit von Gewehren und Pistolen. Die meisten Männer in der Schweiz absolvieren einen obligatorischen Militärdienst

und müssen die Waffe nach Hause mitnehmen. Zudem kennt die Schweiz ein sehr liberales Waffenrecht, das es erlaubt, dass jedermann seine Waffen irgendetwas verkaufen kann. Der Schweizer Psychiater A. Frei fordert denn auch, dass die Verwendung von Feuerwaffen zu Suiziden, im Speziellen der Gebrauch von Armeewaffen durch junge, gut ausgebildete Männer in der Schweiz, eine größere Aufmerksamkeit finden sollte, und der Zugang zu Feuerwaffen restriktiver gehandhabt werden müsse, um Suizide zu verhüten.

In Finnland fordert jetzt, nach diesem Massaker in Kauhajoki, der Ministerpräsident Matti Vanhanen eine Verschärfung des finnischen Waffenrechtes.

In Neuseeland sind nach der Einführung eines restriktiveren Waffenbesitzrechtes und der Erschwerung des Zugangs zu Feuerwaffen die Suizide mit Feuerwaffen sehr stark zurückgegangen, speziell unter jungen Menschen. Gesamthaft sind auch die Suizide von Jugendlichen in dieser Zeit zurückgegangen. Auch Studien in Kanada zeigten, dass die schärfere Waffenkontrolle dazu beigetragen hat, dass der Gebrauch von Feuerwaffen kleiner geworden ist, wie in einer europäischen Suizid-Studie festgehalten wird.

Im Zuge der Anpassung an EU-Vorschriften führte Österreich 1997 ein restriktiveres Schusswaffengesetz ein. Seither hat die Zahl der Suizide durch Erschiessen markant abgenommen. Nebst der Suizidrate sank tendenziell auch die Zahl der Tötungsdelikte mit Schusswaffen. (mfr) «Br J Psych», Bd. 191, S. 253.

In unserem Land des Wilhelm Tell wurde hingegen der Zugang zu Feuerwaffen sogar für Kinder erleichtert. Die Schiessverordnung des Bundes (VBS Info 05.12.03) regelt, dass der „Bund Jugendschiessen von nationaler, kantonaler oder regionaler Bedeutung für Teilnehmende ab dem 10. Altersjahr durch die Abgabe von Kaufmunition und die Ausleihe von

Sturmgewehren 90 unterstützen kann. Früher lag das Mindestalter bei 13 Jahren.“

In einigen Schweizer Städten wird alljährlich ein Schützenfesten für Kinder durchgeführt, die „Knaben-, Buben- und Mädchenschüssen“. Linke und rechte Politiker, und auch die Medien, haben gegen diese kriegerische Tradition nichts

einzuwenden. Der SP-Regierungsrat Markus Notter gratulierte diesem Jahr dem Schützenkönig in Zürich. – Beim diesjährigen Mädchen- und Knabenschießen in Zürich sah ich beim Albisgütli einen Krankenwagen in Bereitschaft stehen. Hielt man ihn bereit für einen Schießunfall?

4. Deutschland zwischen gewaltfreier Vision und Rüstungsexport-Steigerung

von Dr. Reinhard J. Voß

Deutschland ist drittgrößter Waffen-Exporteur der Welt.

Deutschland hat der Welt mit der gewaltfreien Revolution von 1989 endlich einen Beweis seiner Fried- und Friedens-Fertigkeit gegeben. Aber darauf können wir uns nicht ausruhen. Nicht nur ist Deutschland mittlerweile in Afghanistan wieder im Kriegseinsatz, wie seit diesem September immer mehr Zeitungen und Kommentatoren, ja auch der Bundeswehrverband – und die Friedensbewegung seit längerem – feststellen.

Deutschland ist mittlerweile auch „medaillenverdächtiger“ Rüstungsexporteur der Welt, bescheinigt uns SIPRI in Stockholm (www.sipri.org): im Jahrbuch 2008 („Armaments, Disarmament and International Security“) wird Deutschland im Waffenhandels-Kapitel 7 schon an dritter Stelle vor Frankreich und England geführt: „Approximately 80 per cent of the volume of exports of major conventional weapons for the period 2003–2007 were accounted for by the five largest suppliers the USA, Russia, Germany, France and the UK.“

Die meistbesuchte Homepage der Friedensbewegung (Uni Kassel) titelt:

Kleinwaffenexporte aus Deutschland auf Rekordhöhe – Waffenhandel boomt. Bundesregierung der „Beihilfe zum Massenmord“ geziehen

(<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/export/bericht06-baf.html>).

Dort werden drei Pressemitteilungen aus der Friedensbewegung dokumentiert, die sich kritisch mit dem letzten Rüstungsexportbericht der Bundesregierung befassen, vorgelegt vom Kabinett am 7. November 2007 (Stand: 2006).

1. Der Bundesausschuss Friedensratschlag kritisiert:

- Kriegswaffenexport der Großen Koalition auf hohem Niveau
- Export von ausrangierten Bundeswehrwaffen gestiegen
- Kleinwaffenexporte in alle Welt auf Rekordniveau
- „Restriktive Rüstungsexportpolitik“: Fehlanzeige

„ Der reale Kriegswaffenausfuhrwert des Jahres 2006 in Höhe von 1,37 Mrd. Euro liegt um rund 250 Mio. Euro unter dem Rekordwert des Vorjahres, stellt jedoch den dritthöchsten Wert des Zeitraums der offiziellen Statistik seit 1996 dar. Wir stellen fest, dass der deutsche Kriegswaffenexport leider in den vergangenen vier Jahren auf einem hohen Niveau bleibt und sich zu verstetigen droht.“

2. Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG/VK, kritisiert den Rüstungsexportbericht 2006 der Bundesregierung als „Zeugnis aktiver Kriegs- und Bürgerkriegsbeteiligung“ und beschuldigt die Bundesregierung der „Mitschuld der Beihilfe zum Massenmord“. Als „extrem verwerflich“ bezeichnete er die Tatsache, dass Drittländer mit 15,6 Millionen Euro soviel Kleinwaffen wie nie zuvor erhalten hätten.

3. Die christliche „Kampagne gegen Rüstungsexport“, ein Zusammenschluss christlicher Friedensorganisationen wie Ohne Rüstung Leben und Pax Christi, nennt deutsche Waffenexporte von 4,2 Mrd. Euro im Jahr einen „Skandal ohne Grenzen“, denn „Anspruch und Wirklichkeit klaffen meilenweit auseinander“: „Die Genehmigungswerte für die Gruppe der ärmsten und anderen Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen sind 2006 gegenüber

dem Vorjahr gestiegen“, kritisierte Kampagnensprecher Paul Russmann und betont mit Recht: „Äußerst problematisch ist die weitere Aufrüstung von Konfliktregionen wie dem Nahen Osten, der Türkei, Indien, Pakistan und Chile mit Militärlastwagen, Panzern und Maschinengewehren.“ Damit werde „weiterhin Öl ins Feuer bestehender Konflikte gegossen.“ Die menschenrechtlichen, Krieg verhütenden und entwicklungspolitischen Genehmigungskriterien der Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung würden mit solchen Genehmigungen „faktisch außer Kraft gesetzt“.

Deutschland braucht eine neue Wende, fordern die Kirchen.

Aber Rüstungsexport interessiert das deutsche Parlament nicht: „Parlamentarisches Desinteresse“ wird ihm von den Kirchen bescheinigt. So steht es im letzten Jahresbericht zum „Rüstungsexportbericht 2007“ (S. 10) der GKKE, der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung:

http://www3.gkke.org/fileadmin/files/publikationen/REB_2007.pdf

Der EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte von 1998 sei zwar bis 2005 überarbeitet, aber nicht zum verbindlichen Gemeinsamen Standpunkt gemacht worden. Die Kirchen fordern ein Ende der staatlichen Ausfall-Bürgschaften („Hermes“) und damit ein Ende der „staatlichen Subventionierung für Rüstungsexporte“. Stattdessen sei die Zeit reif für einen weltweiten Waffenhandelsvertrag: „Das Vertragswerk soll den Transfer von Waffen und Rüstungsgütern verhindern, die humanitäres Völkerrecht verletzen, Menschenrechte gefährden und nachhaltige Entwicklung beeinträchtigen.“ Immerhin: Mit dem – wenngleich noch löchrigen und neue Entwicklungen außer Acht lassenden – Dubliner Verbotvertrag für Streubomben ist in diesem Jahr ein Anfang gemacht worden!

Die gewaltfreie Vision in und für Deutschland nicht aufgeben!

5. Außenwirtschaftsgesetz reformiert

Das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) soll geändert werden. Das 13. Gesetz zur Änderung

Ohne Deutschland überhöhen zu wollen, bleibt doch festzuhalten, dass die gewaltfreie Revolution von 1989 Chance und Verpflichtung zugleich für eine stärkere Abrüstungsrolle unseres Landes bedeutet. Die letzten Entscheidungen lassen zwar eher darauf schließen, dass man Bündnisverpflichtungen eher als Alibi mangelnder Handlungsfähigkeit denn als Herausforderung einer neuen Politik begreift. Wie sonst hätte Außenminister und Kanzlerkandidat Steinmeier die Beschränkungen von EU-Lieferungen atomwaffentauglichen Materials an Indien aufheben können?! Aber gerade wir dürfen nicht nachlassen, aufgrund unserer schrecklichen militaristischen und inhumanen Geschichte des letzten Jahrhunderts den Neuanfang von 1989 fort- und einzusetzen für konsequente internationale Verständigung, Abrüstung und Entspannung sowie für eine UN-gestützte Rechts- und Friedensordnung, die uns wirklich der viel beschworenen „Einigen Welt“ näher bringt.

Denn angesichts neuer Natur- und Umweltkatastrophen haben wir wahrlich Besseres und Wichtigeres gemeinsam zu tun als die Kämpfe von gestern wieder aufflammen zu lassen und/oder neue Fronten im alten Machtpoker zu entwickeln.

Und gerade weil Rüstungsexporte ein solch eklatanter Weg falscher Prioritäten sowie wachsender Brüche internationalen Rechts und bestehender Selbstverpflichtungen sind, die Situation in Krisengebieten nicht noch zusätzlich anzuhetzen – gerade deshalb ist es hohe Zeit für unser Land, aus der Medaillen-verdächtigen Position der Rüstungsexporte heraus zu kommen. Wir haben bessere Disziplinen, wo wir versuchen müssen und können, unter den Besten zu sein: vom Umwelt- und Klimaschutz über alternative Energien bis hin zu umweltschonender Produktion und Verteilung im Rahmen einer „ökosozialen Marktwirtschaft“.

des Außenwirtschaftsgesetzes (der Entwurf ist im Internet einsehbar unter: <http://www.nrw->

export.de/export/entwurf-eines-dreizehnten-gesetzes-zur-aenderung-aussenwirtschaft.pdf), das zum 1. Januar 2009 in Kraft treten soll, sieht vor, künftig ausländische Investition im Wirtschaftsgebiet der Bundesrepublik verhindern zu können. Voraussetzung hierfür ist, dass der Investor aus einem Land kommt, das nicht Teil der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder der Europäischen Freihandelsassoziation ist und aufgrund seiner geplanten Geschäfte eine „tatsächliche und hinreichend schwere Gefährdung vorliegt, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt“ (vgl. Änderung von § 7 Ziff. 6).

Diese Formulierung stellt eine Verschärfung der bisherigen Regelung dar, die ein Vetorecht bisher nur dann vorsah, wenn durch die Investition wesentliche Sicherheitsinteressen berührt würden, der Weltfrieden gefährdet wäre oder die auswärtigen Beziehungen erheblich gestört würden. In der Presse wurde überwiegend kritisch auf diesen Entwurf reagiert (vgl. etwa

den Bericht „Genau das falsche Signal“ vom 20.8.2008 aus dem „Handelsblatt“ – siehe unter: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/genau-das-falsche-signal;2025026>), da befürchtet wird, dass die neue Regelung zu einer Verschlechterung des Investitionsklimas führen könnte. Unmöglich scheint das nicht.

Offen bleibt bei dieser Kritik jedoch, wie auf Investitionen im Rüstungssektor reagiert werden soll. Zu erinnern ist etwa an den staatlichen Investor Caracal aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (<http://www.caracal.ae/index.html>), der im Jahr 2007 die deutschen Kleinwaffenhersteller „Merkel“ und „Heckler & Koch Jagd- und Sportwaffen“ übernommen hat. Diese Übernahme, bei der ein Technologietransfer in ein Nicht-EU Land zu befürchten ist und war, scheint „die wesentlichen Sicherheitsinteressen“ der Bundesrepublik nicht betroffen zu haben. Aber wenn Gesetze nicht angewandt werden, was nützt dann ihre Reform?

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: daks-news@rib-ev.de
Web: http://www.rib-ev.de/?page_id=197

Mitglied im DAKS sind:

- ▶ AG Rüstungsexporte im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn
- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“, Bremen
- ▶ Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Frankfurt
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL), Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – deutsche Sektion, Bad Vilbel
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), Freiburg
- ▶ WORLD VISION Deutschland e.V., Friedrichsdorf
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung. Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber.

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind der DAKS-Fonds „Gerechtigkeit für Kleinwaffenopfer“ (angesiedelt beim RüstungsInformationsBüro RIB e.V.) und



Friedenszentrum
Braunschweig

